



HESSISCHER LANDTAG

24. 01. 2011

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

**Antrag
der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
betreffend öffentliche Anhörung und ressortübergreifende
Koordinierung zur Bekämpfung sexuellen Missbrauchs von
Kindern und Jugendlichen**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass Kinder ein Recht auf gewaltfreie Erziehung haben. Körperliche Bestrafungen, seelische Verletzungen und andere entwürdigende Maßnahmen sind unzulässig. Sexuelle Übergriffe jeglicher Art sind in besonderem Maße verabscheuungswürdig.
2. Der Landtag ist der Auffassung, dass es Aufgabe des gesamten Gemeinwesens ist, sensibel für die Gefährdung von Kindern innerhalb oder außerhalb ihres familiären Umfelds zu sein, Gefahren rechtzeitig zu erkennen, Hilfen für Kinder bereitzustellen, auf den besonderen Schutzbedarf aufmerksam zu machen und bei Bedarf Schutzmaßnahmen zu ergreifen. Vor dem Hintergrund der jüngst zutage getretenen Missbrauchsfälle gilt es, von der Aufklärung über Ursachenforschung bis hin zu Sanktion und insbesondere Prävention die gesamte Maßnahmenkette umfassend in den Blick zu nehmen.
3. Der Landtag stellt zudem fest, dass Kinderschutz als Querschnittsaufgabe wahrgenommen werden muss. Besondere Bedeutung kommt dabei der Jugendhilfe, Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen, der Polizei, der Justiz, dem Gesundheitswesen sowie weiteren sozialen Diensten zu. Entsprechend sollte für ein abgestimmtes, auf einer Gesamtkonzeption fußendes Vorgehen aller betroffenen Fachressorts Soziales, Kultus, Innen und Justiz Sorge getragen werden.
4. Der Landtag führt deshalb unter der Federführung des Rechts- und Integrationsausschusses (RIA) in Kooperation mit dem Sozialpolitischen Ausschusses (SPA) eine öffentliche Anhörung zum Thema "Sexueller Missbrauch von Kindern und Jugendlichen in Institutionen, Einrichtungen, Familien und deren Umfeld" durch. Ziel soll sein, zunächst den aktuellen Sachstand der Aktivitäten und Planungen der Landesregierung darzulegen. Darüber hinaus sollen mit der Thematik befasste Institutionen, Vereine und Beratungsorganisationen eingeladen werden, um Stellungnahmen abzugeben, welche Maßnahmen aus ihrer Sicht notwendig sind.
5. Der Landtag bittet die Landesregierung, die zahlreichen Maßnahmen der beteiligten Fachressorts (v.a. HSM, HKM, HMdJIE und HMdIS) zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern und Jugendlichen ressortübergreifend zu koordinieren und in einer Gesamtstrategie aufeinander abzustimmen. Darüber hinaus soll die Strategie sowohl in ihrem Gesamtansatz als auch in ihren Einzelmaßnahmen breit bekanntgemacht und Betroffenen eine Möglichkeit zur Auskunft geboten werden.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 20. Januar 2011

Für die Fraktion der CDU
Der Fraktionsvorsitzende:
Dr. Wagner (Lahntal)

Für die Fraktion der SPD
Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel

Für die Fraktion
der FDP
Der Fraktionsvorsitzende:
Rentsch

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
Al-Wazir